

Götz Planer - Friedrich

Kirchenzugehörigkeit ohne Taufe?

Wandlungen in DDR-Gemeinden

Die Kirchen in Ost und West tun sich mit einer flexibleren Taufpraxis angesichts veränderter Verhältnisse in ihren Gemeinden recht schwer. Im DDR-Kirchenbund hat es verschiedentliche Initiativen und Diskussionsvorstöße gegeben, die von anderen wieder gehemmt wurden. Auf dem Wege zur "Vereinigten Evangelischen Kirche in der DDR" dürfte es noch genug Zündstoff geben, bis ein einheitlicher Standpunkt zwischen allen Landeskirchen, Lutheranern und Unierten erzielt wird. Angesichts der Dringlichkeit, auf die neue Situation einzugehen, hat die Konferenz der Kirchenleitungen schon 1972 einen Facharbeitskreis für Tauffragen eingesetzt, dessen Arbeitsbericht am 15. November 1977 im Amtsblatt der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen veröffentlicht wurde. In der "Christenlehre" 3/77 gab damals Gottfried Forck einen Bericht über den Stand der Taufdebatte

Im Frühjahr 1981 stellte die Berlin-brandenburgische Synode (Ost) die Erwachsenentaufe der Kindertaufe gleich. Dies löste heftige Kritik bei der Lutherischen Kirchenleitung aus, die Anfang dieses Jahres betonte, sie wolle keine Abwertung der Kindertaufe. Die Frühjahrssynode 1982 von Berlin-Brandenburg in Ost-Berlin lehnte es ausdrücklich ab, auch Ungetauften den Zugang zum Abendmahl zu ermöglichen. Man konnte und wollte nicht die problematische Praxis legitimieren, wenn sich z.B. bei Jugendveranstaltungen nichtchristliche Besucher am Abendmahl beteiligen.

Der nachfolgende Beitrag des Leiters der Theologischen Studienabteilung beim Kirchenbund, Götz Planer-Friedrich, soll Einblicke in die gegenwärtige Situation ermöglichen. Die ungekürzte Fassung seiner Untersuchung erscheint voraussichtlich Mitte nächsten Jahres im Sammelband "Taufe und Kirchenzugehörigkeit. Studien zur Bedeutung der Taufe für Verkündigung, Gestalt und Ordnung der Kirche", herausgegeben von Christine Lienemann-Perrin im Christian-Kaiser-Verlag München. Die Studien sind im Zusammenhang eines Forschungsprojektes der Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg entstanden.

Ein Taufgottesdienst auf dem Land

Pfarrer N. beschreibt ausführlich die Vorbereitung einer Taufe in seinem Filialort G. im Kreis Weimar.

Die Kirchengemeinde G. zählt ca. 220 evangelische Gemeindeglieder, das sind etwa 95 Prozent der Einwohner des Ortes - ein für die kirchliche Situation der DDR ganz ungewöhnlich positives Zahlenverhältnis. Von 106 Kirchensteuerpflichtigen verweigern 12 (1979) die Zahlung. Die Kirchengemeinde hat 1973 ihre Kirche renoviert und restauriert, einen Gemeinderaum eingebaut, eine Orgel und eine neue Glocke beschafft. Die Kirche bietet jetzt das farbenprächtige Bild des bäuerlichen Barock des 18. Jahrhunderts. Alle finanziellen Mittel dafür hat die Gemeinde selbst aufgebracht.

Der Ort war ursprünglich ein reines Bauerndorf mit volkshilflichen Struk-

turen. Seit der Gründung der LPG (16) (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft) verändert sich das gesellschaftliche Gefüge schnell. 1979 arbeiteten nur noch 10 Prozent der Einwohner im Ort, 40 Prozent in landwirtschaftlichen Betrieben außerhalb des Ortes und 50 Prozent in Industriebetrieben, die bis zu 20 km entfernt liegen. Die jungen Leute arbeiten fast durchweg nicht mehr in der Landwirtschaft.

Diese Entwicklung hatte Auswirkungen auf das kirchliche Leben. Von 1960 bis 1970 gingen die Gottesdienstbesuche kontinuierlich zurück. Erstmals gab es Kirchensteuer-Zahlungsverweigerer, und einige Kinder wurden nicht getauft. Erdbeistattungen wurden immer weniger, weil die Tradition der Nachbarschaftshilfe (Grabschaukeln, Sargtragen usw.) nicht mehr funktionierte. Aus bereits entkirchlichten Orten zogen beziehungswei-

se heirateten Nichtkonfirmierte in den Ort. Die kirchlichen Trauungen gingen zurück.

Seit 1970 ist dieser Prozeß zum Stillstand gekommen. Jetzt sind wieder fast alle Kinder getauft und werden konfirmiert. Die Zahl der Gottesdienstbesucher ist angestiegen, was aber auf zahlreiche Sondergottesdienste zurückzuführen ist. Es gibt jetzt einige aus dem üblichen volkskirchlichen Verhalten herausragende aktive Gemeindemitglieder.

Noch ist aber der Pfarrer der alleinige Initiator aller Aktivitäten in der Gemeinde. Ihm wird vor allem ein ständiger Besuchsdienst abverlangt.

Die Vorbereitung einer Taufe in G. gestaltet sich folgendermaßen:

Im Jahr 1978 bringen die Dorfkinder ein dem Pfarrer unbekanntes Mädchen (1. Schulklasse) mit in den Christenlehreunterricht. Nachforschungen ergeben, daß das Mädchen (J.) die Tochter einer geschiedenen Frau ist, der im Ort in einem leerstehenden Bauernhaus eine Wohnung zugewiesen worden war. Sie stammte aus einer norddeutschen Stadt, war selbst nicht konfirmiert und hatte nach Thüringen geheiratet. Ihr Entschluß, in Thüringen zu bleiben, hing damit zusammen, daß sie in ihrer Heimatstadt kaum mit Wohnraum rechnen konnte. Außer J. war noch ihr vierjähriger Junge (R.) bei ihr. J. erscheint regelmäßig im Christenlehreunterricht. Sie bringt zu verschiedenen Gottesdiensten auch ihren kleinen Bruder mit. Im Christenlehreunterricht kommt auch des öfteren die Taufe zur Sprache. J. und R. erleben auch einige Taufgottesdienste von Kleinkindern, an denen üblicherweise fast alle Kinder des Ortes teilnehmen. Im Sommer 1979 bittet die Mutter den Pfarrer erstmals um die Taufe ihrer beiden Kinder.

Bei diesem und nachfolgenden Gesprächen kommt häufig die schwierige Situation der Mutter zur Sprache. Sie begründet den Wunsch, die Kinder taufen zu lassen, mit dem Anliegen, ihre Kinder nicht aus der Gruppe der getauften Kinder auszuschließen. Die Kinder hatten vor Jahren an der sozialistischen Namensgebung teilgenommen. Sie selbst wisse nichts über die Kirche und könne das, was sie erfahren habe, auch nicht glauben. Der Pfarrer rät ihr, mit der Taufe der Kinder noch zu warten, um ih-

re eigene Position erst genauer bestimmen zu können. Bei weiteren Begegnungen bittet die Frau den Pfarrer immer eindringlicher, die Kinder doch endlich zu taufen. Es wird vereinbart, die Kinder dann zu taufen, wenn sie für jedes der Kinder mindestens einen Paten gefunden hat, der im Ort wohnt und zur Kirche gehört. Es stellt sich heraus, daß der Pfarrer dabei helfen muß. Die alte Regel, daß man die Bitte um Patenschaft nicht ausschlagen darf, ist nicht mehr gültig. Der Pfarrer sucht das Gespräch mit den Paten.

In der Christenlehre wird nun mit den anderen Kindern der ersten bis dritten Klasse die bevorstehende Taufe von J. und R. vorbereitet. Die Stundenbilder sind auf das Thema Taufe abgestimmt. Die Kinder lernen Lieder, die sie zur Taufe singen werden. Es wird vereinbart, ein kleines Geschenk für die Tauflinge herzustellen.

Die schon getauften Kinder werden jetzt auf ihre Taufe sehr stolz. J. freut sich sehr auf ihre Taufe. Nach einer Christenlehrestunde spielen die Kinder sehr feucht und fröhlich am Dorfteich Taufe.

Der Tauftermin ist der 2. Advent. Der Hauptgottesdienst soll zum Taufgottesdienst werden. Jedes Kind hat eine Kerze vorbereitet, um die eine bunte Schleife gebunden ist. Kurzfristig meldet noch ein Ehepaar aus einer entfernter liegenden Kleinstadt eine Taufe an. Da der Ehemann den Pfarrer persönlich kennt, bittet er ihn, seinen siebenjährigen Sohn zu taufen. Er will sein Kind nicht am Wohnort taufen. Aber der zuständige Ortspfarrer stimmt dem Vollzug der Taufe in G. schriftlich zu.

Der Taufgottesdienst findet am 9. Dezember um 10 Uhr statt. Zunächst verläuft der Gottesdienst nach der agendarischen Form, wie es in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen vorgesehen ist. Nur die Predigt entfällt. An ihrer Stelle findet die Taufhandlung statt.

Zum Gottesdienst sind alle Kinder des Ortes erschienen, etwa zehn erwachsene Gemeindeglieder, dazu die Eltern der drei Tauflinge. Die Kirche wirkt dadurch gut besetzt (etwa 45 Personen in einer Dorfkirche).

Die Taufansprache gestaltet sich als

ein Gespräch mit den Kindern, insbesondere mit den drei Täuflingen. Sie hat drei hinführende Schwerpunkte:

1. Wasser - die Kinder erzählen vom Waschen und Baden, Schwimmen und Gießen;
2. Familie - die Kinder erzählen von ihrem Leben in der Familie, vom Kinderzimmer, den Essenszeiten, vom Schlafengehen;
3. Kirche - die Kinder erzählen von dem, was sie in der Kirche und an der Kirche bereits erleben.

Im Zusammenhang mit diesem Gespräch erzählt der Pfarrer die Taufgeschichte aus Apostelgeschichte 8, 26 bis 40. Das Ganze dauert etwa 20 Minuten.

Die Taufhandlung erfolgt wiederum nach agendarischer Form. Dabei werden allerdings die Fragen an Eltern und Paten verbindlicher formuliert und der Situation angepaßt, die exorzistische Formel (17) modifiziert und interpretiert. Währenddessen stehen die Kinder mit den drei Täuflingen um den Taufstein. Hinter ihnen stehen Eltern und Paten im Kreis. Alle Kinder haben jetzt ihre Kerzen in der Hand. Sie werden vor dem Vollzug der Taufe entzündet.

Nach einem Fürbittengebet schließt der Gottesdienst mit dem Lied der Kinder und dem Segen. Alle Kinder erhalten am Ausgang ein kleines Erinnerungsgeschenk.

Die ausführliche Vorbereitung der Taufe fließt hier in einen agendarischen Gottesdienst, in dem neben dem kommunikativen Geschehen, dem Gespräch mit den Kindern, der liturgische Ablauf wesentlich ist. Die Formen der nachträglichen Feier verbleiben einigermassen im Privaten, obwohl die Gemeinde durch Vorbereitung und Ablauf der Taufhandlung an der zugezogenen Familie Interesse gefunden und sie in ihre Gemeinschaft integriert hat.

Der Bericht von Pfarrer N. enthält daneben - scheinbar ganz am Rande - zwei Bemerkungen, die jeweils auf ein wichtiges Problem bei der Praxis der christlichen Taufe in der DDR verweisen. Da ist zuerst die Schwierigkeit, geeignete Paten zu finden, die auch in noch volkkirchlichen Gegenden allmählich zunimmt. Häufig muß der Pfarrer den Tauf-

eltern bei der Taufanmeldung verständlich machen, daß Taufpatenschaft die volle Kirchenzugehörigkeit des Paten voraussetzt. Je weniger Freunde und Verwandte noch der Kirche angehören, um so weniger Verständnis bringen die Taufeltern für diese Bedingung auf. Junge Eltern fühlen sich durch solche Schwierigkeiten mitunter entmutigt. Wenn sie die manchmal mühselige Suche nach geeigneten Paten gar nicht erst auf sich nehmen wollen, wird der Pfarrer von dem grundsätzlichen Taufbegehren gar nichts erfahren. Die Unbefangenheit, mit der andere junge Eltern dem Pfarrer Paten nennen, die keiner Kirche angehören, bietet andererseits die Chance, die eigentliche Funktion des kirchlichen Patenamtes wieder stärker zur Geltung zu bringen. Nur sollte es dem Pfarrer nicht darum gehen, auf die Einhaltung formaler Kriterien zu dringen, sondern die Suche nach Paten zur Angelegenheit der Gemeinde und der Taufeltern selbst zu machen. Es gibt Gemeinden, in denen der Gemeindegemeinderat es als seine Aufgabe ansieht, seinerseits wenigstens einen Paten zur Taufe zu stellen.

Das andere Problem wird dadurch angedeutet, daß ein Freund des Pfarrers sein Kind auf dem Dorf taufen läßt, in dem er nur mit dem Pfarrer selbst sich verbunden fühlt. Es handelt sich bei solchen Taufen außerhalb der eigenen Wohngemeinde keineswegs um Ausnahmefälle. Zwei Gründe lassen sich im wesentlichen anführen: einmal trifft das auf junge Leute zu, die aus dem Dorf in die Stadt ziehen, dort vor allem kirchlich nicht Fuß fassen können, dafür aber ein vertrautes Verhältnis zu ihrer ehemaligen Dorfgemeinde und dem dortigen Pfarrer haben. Hinzu kommt häufig, daß damit auch den Großeltern ein Gefallen getan wird und die äußeren Bedingungen für eine Tauffeier im Familienkreis hier besser sind. - der andere Grund, die Kinder nicht in der eigenen Wohngemeinde taufen zu lassen, liegt in einer kirchlichen Unentschiedenheit junger Menschen, die nach einer qualifizierten Ausbildung mit einem gesellschaftlichen Aufstieg rechnen. Die Taufe ihrer Kinder wird in der sozialistischen Gesellschaft nicht gerade als Empfehlung für Leitungsfunktionen verstanden. Indem sie sich dazu entschließen, ihre Kinder an einem anderen Ort taufen zu lassen,

halten sie sich einerseits den "Platz in der Kirche", vermeiden andererseits eine alternative Entscheidung zwischen Kirche und beruflicher Karriere. Es wäre zu kurzschlüssig, darin bloß ein moralisches Problem zu sehen, dem mit Ermutigung zum offenen Bekenntertum beizukommen wäre. Mit einigem Recht empfinden diese Menschen, daß die Taufe ihrer unmündigen Kinder nicht der richtige Punkt ist, an dem sich ihr Engagement für die Kirche entscheidet. Und die Pfarrer tun gut daran, die Wahl des Taufortes nicht zum status confessionis zu machen.

Eine Tauffeier in der Großstadtgemeinde

In einer Großstadtgemeinde, wo die Zahl der Gemeindeglieder gar nicht angebar, die der Einwohner des Bezirks um das Hundertfache größer ist, als in diesem kleinen Dorf, - da stellt sich die Situation anders dar. Die kirchliche Gemeinde wird beinahe zum Ersatz für die mangelnde kommunale Integration.

Die Kirchengemeinde "Gethsemane" in einem der letzten Altbaugebiete am Prenzlauer Berg in Berlin ist ein Beispiel dafür. Die Fluktuation der Bevölkerung ist besonders groß, weil es sich um ein Sanierungsgebiet handelt. Die Bewohner ganzer Wohnquartiere werden - zum Teil in Neubaugebiete - umgesiedelt. Nach der Modernisierung der alten Wohnungen ziehen zumeist neue Mieter ein.

Pfarrer P. geht es darum, die Täuflinge "in die Mitte zu nehmen". Die Unüberschaubarkeit der Gemeinde macht es notwendig, die Taufe mit der innergemeindlichen Gruppenbindung in Zusammenhang zu bringen. Er spricht daher von "Tauf-festen", deren Gestaltung über die liturgische Handlung hinausgeht.

Ein solches Tauffest fand im Rahmen des jährlichen Christenlehretages zum Abschluß des Unterrichtsjahres im Juni statt. An diesem Tag wurden ein Säugling, acht Christenlehrekinder und eine Mutter im Rahmen des Familiengottesdienstes getauft. Das Thema dieses Familiengottesdienstes war: "Ein Leib - viele Glieder". "Wir funktionierten das in 'Ein Baum - viele Früchte' um", berichtet Pfarrer P. An einem "Baum in der Kirche" waren wie Früchte zehn Namen an-

dem Säugling für diesen - gepflückt wurden. Damit stellten sich die Täuflinge der Gemeinde vor und verlasen ihre Tauf-sprüche, die auf den Rücken dieser "Früchte" aufgeschrieben waren.

"Für uns alle waren die Täuflinge während des Gottesdienstes und den ganzen Tag über im Mittelpunkt. Der Gottesdienst war auf sie zugeschnitten - wenn wir auch betonten, daß uns so unsere eigene Taufe vor die Augen geführt wird! Einige der Täuflinge lasen Gebete oder fungierten als Lektoren. Nach dem Taufgottesdienst blieben Täuflinge und Gemeinde beieinander. Wir fuhren hinaus auf ein Grundstück in der Nähe von Berlin. Es wurde gespielt, gegessen und gesungen. Der Tag klang aus mit einer Andacht und einem Gemeindespiel."

Vorbereitet war der Tag durch Pfarrer und Katechet. Beide besuchten vor dem Fest die Täuflinge mehrmals. Der Familiengottesdienst war wie immer - und hierin deutet sich etwas Selbstverständliches an - mit verschiedenen Gruppen der Gemeinde - Kindern, Jugendlichen, Eltern - vorbereitet worden. Dabei wirkt sich die plurale Gemeindesituation positiv aus. Ihre Bereitschaft zu aktiver Mitarbeit ist verhältnismäßig groß. Die Menschen kommen heraus aus ihren "Höhlen" im Prenzlauer Berg und benutzen die Kirche als Treff- und Kommunikationspunkt. Zwar ist eine gewisse Überalterung der Gemeinde feststellbar. Aber gerade für die alten Menschen ist das gemeinsame Erleben von jährlichen Höhepunkten in der Gemeinde oft die einzige Möglichkeit, mit anderen Altersgruppen in Kontakt zu bleiben. Gerade das gemeinsame Spiel ist dafür ein wichtiges Element.

Die Beispiele zeigen, daß das Bedürfnis nach "Zugehörigkeit" größer ist, als das traditionelle Pflichtgefühl zur Erfüllung kirchlicher Auflagen. Damit scheint die Taufe auch psychologisch etwas von ihrem ursprünglichen Gehalt zurückzugewinnen: sie wird zur Eingliederung in eine empirisch feststellbare und vor der Taufe bereits festgestellte Gemeinschaft. Einige Pfarrer empfinden es in diesem Zusammenhang als Mangel, daß die Agenden für die liturgische Gestaltung solcher Tauffeiern kaum Anregung geben. Vieles, was sich die Pfar-

Taufe als Element des Gemeindeaufbaus wirksam zu machen, geht wieder verloren, weil es für die Multiplikation solcher Versuche und Ideen keine geeignete Ebene des Austausches gibt. Die geschilderten Modelle geben jedoch eine Vorstellung davon, daß unter sehr verschiedenen Voraussetzungen - was Gemeindegröße, Gemeindestruktur und Taufsituation anlangt - die Taufe als ein Element des Gemeindeaufbaus verstanden und praktiziert wird.

Dabei wird im übrigen die kirchliche Lebensordnung durch die Pfarrer zunehmend flexibler und intentional gehandhabt. Taufverweigerung kommt kaum vor, weil gerade das restliche Konventionschristentum die in der Lebensordnung verankerten formalen Bedingungen im allgemeinen erfüllt. Die Disposition der Grenzfälle aber, die für den Gemeindepfarrer zunehmend zum Normalfall werden, kommt in den Lebensordnungen gar nicht vor.

Es gibt allerdings Situationen, in denen sich ein Bedürfnis nach "Zugehörigkeit" artikuliert, das dem empirisch feststellbaren Gruppenprozeß im Gemeindeaufbau - durch den die Taufe zur Folge von Kirchenzugehörigkeit wird - scheinbar zuwiderläuft. Im Neubaugebiet einer Großstadt meldet sich eine junge Frau beim zuständigen Gemeindepfarrer und begehrt für ihr erstes Kind die Taufe. Sie gibt sich unbefangen als Marxistin und Atheistin zu erkennen. Zur Begründung des Taufbegehrens erzählt sie, daß sie in der Sowjetunion studiert habe. In dieser Zeit wohnte sie mit einer Hindi und einer Muslimin zusammen, die sie wider Willen als Christin angesprochen habe. Europäische Kultur und christliche Religion wurden ihr gegenüber wie selbstverständlich identifiziert. Dazu gezwungen, sich mit der christlichen Herkunft ihrer eigenen Kultur zu beschäftigen, ist sie zwar nicht christlich geworden. Aber sie hat die christliche Vergangenheit ihrer eigenen Tradition akzeptieren gelernt. Auf diesem Hintergrund ist ihr die Taufe keine Bekenntnisfrage, sondern ein traditionelles Moment der kulturellen Einordnung.

Hinzu kommt, daß sie mit einem Sowjetbürger - dem Vater des Kindes - verheiratet ist, der selbst nach russisch-orthodoxem Ritus getauft ist. Für ihn

tueller und aktueller - kein kirchenjuristischer - Tatbestand. Die sakramentale Dimension der Taufe steht im Vordergrund.

Wie auch immer man diese Begründung eines Taufbegehrens einschätzt, dieser etwas untypische Fall veranschaulicht, daß in der Taufe (noch) eine Dimension von Wirklichkeit gesucht wird, die in gesellschaftlichen Prozessen vermißt wird. Was die kirchliche Tradition mit dem Begriff "Sakrament" beschreibt, wird auf ganz unkonventionelle Weise neu entdeckt. Die Kirche kommt - nicht generell, aber bei einigen Mitgliedern - in den Blick als Repräsentantin einer "anderen" Wirklichkeit, an der man Anteil haben möchte.

Wenn die alte Kirche die Taufe als Sakrament bezeichnete, so wollte sie jenen Wirklichkeitscharakter des Taufgeschehens unterstreichen, der sich mit der menschlichen Wirklichkeitserfahrung nicht völlig in Einklang bringen läßt. Es handelt sich bei der Taufe nicht um ein Ereignis, das rational völlig aufklärbar ist. Daher kann die Kirche vom Täufling oder seinen Paten auch nicht verlangen, daß sie "verstehen", was da geschieht. Die "Ontologie" des Taufgeschehens hat gegenüber dem Taufbekenntnis einen eigenen Stellenwert, an den die Kirche hier von außen erinnert wird.

Missionarische Offenheit der Gemeinde

Die volkskirchliche Gewohnheitstaufe geht im Bereich der evangelischen Kirchen der DDR zurück. Daher werden dem Pfarrer gegenüber bei der Taufanmeldung immer seltener "fromme Motive" vorgeschoben. Forscht der Pfarrer allerdings beharrlicher nach theologisch interpretierbaren Taufmotiven, dann stößt er sehr bald auf eine "Sprachlosigkeit", die vom Bildungsniveau der Betroffenen unabhängig ist. Die kirchliche Verkündigungssprache ist selbst dem durchschnittlichen Christen in der DDR so ungewohnt, daß er seine religiösen Empfindungen und Bedürfnisse in ihr nicht auszudrücken vermag. Und viele Pfarrer sind noch auf bestimmte "Worte" fixiert, wenn es um die Darstellung kirchlichen Handelns geht. So wird die pastorale Suche nach tragfähigen Taufmotiva-

schen Amtsträgern, die das "Sakrament verwalten", und traditionellen wie potentiellen Gemeindechristen.

Daher läßt sich am Taufverständnis und der Taufpraxis der Kirche allein die Frage der Kircheng Zugehörigkeit im Raum der evangelischen Kirchen der DDR nicht darstellen. Die Taufe ist nur ein Element des Gemeindeaufbaus. Dem tragen die oben geschilderten Modelle der Taufpraxis innerhalb der Gemeindeaufbau-Konzeption insofern Rechnung, als sie die Taufe nicht als Ziel kirchlichen Handelns, sondern als Medium der Verkündigung an die Gemeinde handhaben. Die agendarische Forderung, die Taufe innerhalb des Gemeindegottesdienstes zu vollziehen, verliert damit ihren bloß formalen Charakter. Denn der rein liturgische Einbau der Taufhandlung in den Predigtgottesdienst löst ja noch nicht das Kommunikationsproblem zwischen Amtskirche und Gemeindechristen.

Aber in den Taufmodellen deutet sich doch die Erkenntnis an, daß jede einzelne Taufhandlung die Gemeindeglieder mit den Konsequenzen ihrer eigenen Taufe konfrontiert. Daher ist mit dem Taufvollzug nur ein bestimmter Höhepunkt in einem Prozeß markiert, der mit "Kircheng Zugehörigkeit" auch noch zu statisch beschrieben ist. Kirchenjuristisch ist es vermutlich unvermeidbar, zwischen denen, die zur Gemeinde gehören und denen, die nicht dazu gehören, zu unterscheiden. Damit werden jedoch Grenzen gezogen, die durch die Praxis des Gemeindeaufbaus ständig überschritten werden müssen.

Die "missionarische Offenheit" der Kirche muß sich auch darin äußern, daß sie die Taufe n i c h t zur *conditio sine qua non* der Kircheng Zugehörigkeit macht. Damit braucht die theologische Qualität der Taufe gar nicht angetastet zu werden. Denn ist die Taufe wirklich "allein Gottes Gabe und Werk", dann kann die Gemeinde weder die Voraussetzungen prinzipiell konditionieren, noch die Folgen kalkulieren wollen.

Nicht nur aus Synodenäußerungen, sondern auch aus den Erfahrungsberichten der einzelnen Pfarrer geht hervor, daß das Interesse der Menschen an der Kirche im Raum der DDR zunimmt. In Jungengemeinde-Gruppen und Gesprächskreisen, in kirchenmusikalischen Veranstaltungen und auf Kirchentagen beteiligen sich

nicht nur getaufte und kirchensteuerzahlende Christen, sondern auch Männer und Frauen, Mädchen und Jungen, die von außen mit ihren Fragen und Problemen auf die Kirche zukommen. In den oft sehr kleinen Christenlehregruppen der Gemeinden erscheinen - teils sporadisch, teils regelmäßig - Kinder aus nicht-christlichen Elternhäusern.

Die noch uneingelösten, aber in der kirchlichen Verkündigung wach gehaltenen Verheißungen des Evangeliums stoßen auf Enttäuschungen und Erwartungen von Menschen in einer sozialistischen Gesellschaft. Oft ist es nur ein Informationsbedürfnis, das sie befriedigen wollen. Manchmal möchten sie mit Hilfe der Kirche ein besonderes Anliegen besser zur Geltung bringen, beispielsweise in ihrem Friedensengagement oder in Fragen des Umweltschutzes. Oder sie suchen einfach Gemeinschaft, Gespräch, Austausch - was insbesondere für junge Menschen gilt.

Wie man diese Form der "Kircheng Zugehörigkeit" ohne Taufe auch in die Ordnung des kirchlichen Lebens aufnehmen und beschreiben könne, hat schon vor Jahren einen gemeinsamen Ausschuß von EKU und VELK der DDR beschäftigt. Die Bemühungen dieses Ausschusses um eine neue Lebensordnung für die evangelischen Kirchen der DDR haben leider zu keinem relevanten Ergebnis geführt. Dort wurde jedenfalls erwogen, die "missionarische Offenheit" der Kirche wenigstens durch eine Form des Gastrechts in der Lebensordnung zu garantieren. Die Kirche sollte dadurch auch denen Gemeinschaft gewähren, die den Schritt zur Taufe oder zum Wiederaufnahmeantrag nicht oder noch nicht vollziehen können, aber durch ihre Beteiligung am kirchlichen Leben eine spezifische Form der Kirchenmitgliedschaft praktizieren (18).

Auch wenn - wie gesagt - diese Vorschläge bisher keine kirchenrechtlich relevante Gestalt angenommen haben, so kann man doch davon ausgehen, daß dieses "Gastrecht" in der Kirche gewährt und angenommen wird. Sicher bleibt es oft der menschlichen und theologischen Disposition des jeweiligen Pfarrers anheimgestellt, wie er dieses handhabt und mit welchem Nachdruck er die Notwendigkeit der Taufe als Merkmal der Mitgliedschaft am Leibe Christi zur Geltung bringt. In der Praxis ist nämlich die

Auslegung dieses Gastrechtstatus an das theologische Gewissen oder die kirchenrechtliche Disziplin des Pfarrers gebunden. Die Erfahrung zeigt, daß das betroffene "Gemeindeglied" im Konfliktfall durch kein theologisches oder kirchenrechtliches Argument davon zu überzeugen ist, daß es vom Abendmahl ausgeschlossen werden müsse oder in Entscheidungsprozessen der Gemeinde kein Stimmrecht habe. Aber auch in solchen Fällen gibt es flexible Methoden der Gemeindearbeit, die solche noch ungelösten Differenzen nicht zu Konfrontationen geraten lassen.

Gemeindeverantwortung für die Taufpraxis

Versucht man, die unterschiedlichen Erfahrungen mit Taufe und Kirchengliederung im Raum der evangelischen Kirchen der DDR zusammenzufassen, läßt sich folgendes sagen:

1. Die Taufe ist das theologisch wie kirchenrechtlich unaufgebbare Merkmal der Kirchengliederung. In der Praxis des Gemeindeaufbaus kommt das auf vielfältige Weise zur Geltung:

- dadurch, daß gemäß der geltenden Lebensordnungen der Pfarrer darauf achtet, daß Kinder christlicher Eltern rechtzeitig zur Taufe angemeldet werden und die Taufe in, nach oder auch außerhalb des Gottesdienstes "rite" vollzogen wird;

- dadurch, daß bestimmte kirchliche Feiertage als Tauffeste der Gemeinde begangen werden, wobei die Bedeutung der christlichen Taufe durch die Verkündigung und die Gestaltung der Handlung der ganzen Gemeinde veranschaulicht wird;

- dadurch, daß Taufe und nachträgliche Tauffeier von konkreten Gemeindeguppen vorbereitet und durchgeführt werden. Damit soll die Eingliederung des Täuflings in eine empirische Gemeinde nicht nur symbolisiert, sondern praktisch vollzogen werden;

- dadurch, daß Taufferinnerungstage (19) in der Gemeinde begangen werden, Besuchsgruppen die Tauffeste zum Anlaß eines Hausbesuches machen und kleine Geschenke zum Jahrestag der Taufe überbringen. Damit soll das Bewußtsein des

Getauftseins wachgehalten und die Taufe nicht als isoliertes Ereignis der biographischen Vergangenheit preisgegeben werden;

- dadurch, daß Gemeindegemeinschaften sich der Taufthematik zuwenden, um das Verständnis für theologische und kirchliche Tradition zu fördern und mit der Gemeindepraxis zu verbinden.

2. Mit diesen variablen Konzeptionen der Gemeindearbeit versuchen die Pfarrer, eine traumatische Erfahrung der letzten Jahrzehnte zu verarbeiten. Die großen Austrittswellen der 50er und 60er Jahre hatten deutlich gezeigt, daß eine fast lückenlose Praxis der Säuglingstaufe keineswegs den Bestand der Volkskirche garantieren konnte. Insbesondere in der Christenlehre zeigte es sich, daß die volkshirchliche Taufpraxis in einer nicht mehr gesellschaftlichen privilegierten Kirche häufig folgenlos blieb: ein Großteil der getauften Kinder erschien nicht zur christlichen Unterweisung, wurde daher nicht konfirmiert und gelangte nie in das Stadium der vollen Kirchengliederung.

So gibt es zur Zeit in der DDR eine große Anzahl Getaufter, die ihre Kirchengliederung entweder ausdrücklich (notariell) negiert haben oder deren Kirchenmitgliedschaft faktisch ruht. Daß die Taufe so oft für den empirischen Bestand der Gemeinde folgenlos bleibt, sehen inzwischen viele Pfarrer nicht mehr als ein theologisches oder kirchenstrukturelles Dilemma an. Ebenso wenig versprechen sie sich von Kirchenzuchtmaßnahmen, mit deren Hilfe man die Indifferenten zur Entscheidung veranlassen möchte, was im Klartext nur heißen kann, sie zum juristischen Austritt zu nötigen.

"Das Kirchenrecht betrachtet die aktive Mitgliedschaft so wie die Kirchensteuer als Bringschuld, wobei die Mitglieder die Schuldner sind." Aber in der Praxis des Gemeindeaufbaus setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, daß "die Kirche der Schuldner ist, da sie den Menschen das Evangelium zu bringen hat." (20). Dabei ist eine Unterscheidung von Getauften und Ungetauften letztlich unzulässig. Die Taufe allein setzt den Getauften noch nicht instand, seine Gliedschaft am Leib Christi auch zu praktizieren. "Die Weichen sind also falsch

gestellt, wenn wir postulieren, daß kirchliche Mitgliedschaft in der Taufe begründet ist, ohne daß wir den Getauften die nötige Hilfe zur Aktivierung ihrer Mitgliedschaft geben." (21)

Positive Konzeptionen für die Einordnung der Taufe in die Gemeindepraxis, können zwar die große Zahl derer nicht erreichen, die trotz Taufe nicht zur Kirche gehören wollen. Sie könnten aber für die Zukunft verhindern helfen, daß die Kirche weiterhin unverbindlich tauft.

3. Weder theologisch noch kirchenrechtlich ist bisher die Frage gelöst, welche Formen der Kirchenzugehörigkeit ohne Taufe die Kirche verantworten kann. Auf Grund der beschriebenen Erfahrungen in der Vergangenheit kann es der Kirche nur recht sein, wenn der Umgang mit der Taufe behutsamer und verantwortungsbewußter wird. Manchmal gewinnt man den Eindruck, jene Gemeindeglieder, die ihre Zugehörigkeit ohne Taufe praktizieren, geben mit ihrer eigenen Zurückhaltung gegenüber der Taufe dieser das sakramentale Gewicht zurück, das ihr im volkskirchlichen Gebrauch allmählich verlorengegangen ist.

Das Problem der Kirchenzugehörigkeit ohne Taufe kann für keine christliche Kirche letztlich befriedigend gelöst werden. Aber die evangelischen Kirchen in der DDR befinden sich in einem Prozeß des Übergangs, in dem die volkskirchlichen Strukturen mit der Realität einer missionarisch offenen Freiwilligkeitskirche in Einklang zu bringen sind. Zu der noch ausstehenden "Trauerarbeit am Verlust der Volkskirche" gehört für christliche Gemeinden auch, ungetaufte Gemeindeglieder anzunehmen, ohne die Hoffnung aufzugeben, daß sie eines Tages mit ihnen zum "Leibe Jesu Christi" vereinigt werden.

DDR: Regeln für Anzeigen

9/103 **Bibel**

Manchmal sind Anzeigenkunden durchaus dankbar für Formulierungshilfe. Nicht jeder findet gleich den treffenden Ausdruck, und auch das Abwandeln der beispielgebenden Texte anderer Inserenten will gelernt sein. Ratgeber in den Anzeigen-Akzeptanzstellen achten bei ihrem freundlichen Kundendienst jedoch nicht nur auf die Einhaltung sprachlicher Regeln. In der

DDR gelten - ortsüblich - besondere Bestimmungen sogar für harmlose Familienanzeigen. In den Zeitungen der SED dürfen Trauerfälle nicht zum Vorwand für „religiöse Propaganda“ werden. In Todesanzeigen sind weder das Zitieren von Bibelsprüchen noch der Hinweis auf sie zulässig. Auch das Symbol des Kreuzes darf nicht verwendet werden.

Manche Redaktionen legen die internen Anweisungen so eng aus, daß nicht einmal die Erwähnung Gottes gestattet wird. An solche Fakten aus dem DDR-Alltag sollte man sich gerade zu Beginn des Luther-Jahres erinnern.

„Luther von niemandem zu vereinnahmen“ 23.12.82

Loccum. Als möglichen Testfall für das derzeitige Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der DDR hat der Präsident der evangelischen Kirche der Union im Bereich der DDR, Joachim Rogge, das bevorstehende Lutherjubiläum bezeichnet. Bei einer Veranstaltung des religionspädagogischen Instituts in Loccum äußerte Rogge Verständnis für das Interesse der DDR an Martin Luther, so problematisch es auch sei, den bisher als „Fürstenknecht“ und „Bauernverräter“ abgestempelten Reformator plötzlich als Idol des frühbürgerlichen Fortschritts zu proklamieren. Wie Rogge betonte, sei Luther jedoch weder ausschließlich kirchlich „besetzt“ noch staatlicherseits zu vereinnahmen. Er stelle vielmehr Kirche wie Staat „Lebensfragen“, die nach Antworten verlangten.

Die Beschäftigung mit Luther, so meinte der Reformationshistoriker Rogge, sei für das staatliche Luther-Komitee der DDR deshalb reizvoll, weil an ihm die Wechselbeziehung von Reformation und Revolution sowie von Kirche und Staat exemplarisch zu studieren sei. Es gehe, damals wie heute, um die Frage nach dem Menschen und seinem Selbstverständnis. Diese sei bedeutsam über die weltanschaulichen Gegensätze hinaus. Rogge verwies zugleich darauf, daß die DDR immer stärker dazu übergehe, „progressive Elemente der deutschen Geschichte“ in das Weltbild des Sozialismus einzubauen. Kein Land könne auf Dauer das geschichtlich Gewachsene ignorieren, ohne Schaden zu nehmen, und auch nicht ständig gegen Tradition einer Religion „anregieren“.

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt. 9.1.1983

Gewiß: Die Beschränkungen gelten nur für SED-Zeitungen, nicht für die von den Blockparteien, etwa der CDU, herausgegebenen Blätter. Aber in den Kleinstädten und auf dem Lande hat nur die SED-Presse einen eigenen Lokalteil. Wer die Nachbarn erreichen will, ist auf diese Heimatblätter angewiesen. Sie haben die höchste Auflage und werden keineswegs nur von Genossen gelesen. Viele Inserenten würden ihre Traueranzeigen anders formulieren, wenn sie dürften. Man kann dies daran ablesen, daß in den meisten Danksagungen der jeweilige Pfarrer seiner trostreichen Worte wegen namentlich genannt wird. M.J.

Die Kirchen in der DDR rüsten sich zum Luther-Jubiläum: Die Besucherflut sollte

Warum Martin Luther nicht

vor allem den Gemeinden des Landes zugute kommen

14.11.02.

ohne Kirche zu haben ist

Von Eduard Kopp

Der Sekretär zupfte den Staatsratsvorsitzenden am Ärmel, der sich eben dem thüringischen Bischof Leich zugesellte. „Einen Moment, Herr Honecker...“, erinnerte der Assistent den Staats- und Parteichef beflissen daran, was die Vertreter der evangelischen Kirche für das Protokoll der Beratungen des (staatlichen) „Lutherkomitees der DDR“ ausdrücklich gewünscht hatten: der thüringische Landesbischof und seine Delegation sollten von der Regierungsspitze getrennt in den Sitzungssaal einziehen, nicht unfreundlich voneinander distanzieren, aber doch jede Gruppe für sich. Einmal mehr wollten sie damit deutlich machen, daß die Kirche im staatlichen Lutherkomitee nicht beteiligt, sondern ganz offiziell nur „Gast“ ist. Der Luther des Staates und jener der evangelischen Kirche sind nach wie vor nicht ohne weiteres in Deckung zu bringen.

Dem am Ärmel gezupften Staatsratsvorsitzenden, der wunschgemäß den Kirchenleuten mit merklichem Abstand in den Sitzungssaal folgte, sind solche protokollarischen Feinheiten geläufig. Das Nachsehen hatten hingegen die Fotografen des „Neuen Deutschland“: ihnen gelang es diesmal nicht, jene Annäherung fotografisch zu erzeugen, die sie beim vergangenen Treffen des „Lutherkomitees der DDR“ vor mehr als einem Jahr zustande brachten: der Staatsratsvorsitzende freundlich flankiert vom Bischof und seiner Delegation am kalten Büfett, ein einvernehmendes Gespräch führend. Die Fotos dieses zweiten Treffens kamen der Realität schon näher: sie belegten den freundlichen Respekt im Umgang von Staat und Kirche in der getrennten, also doppelten Vorbereitung des Luther-Jahres 1983.

An ihrer Verständigungsbereitschaft ließen vor zwei Wochen auf der Sitzung des staatlichen Lutherkomitees die Kirchenleute keinen Zweifel. Sie forderten aber zugleich die Bereitschaft des Staates und der wissenschaftlichen Forschung, sich Luther nicht nur als einem Exponenten sozialgeschichtlicher Unruhen zu nähern, sondern ihn als einen Christenmenschen, als Verursacher einer weltbewegenden geistig-religiösen Erneuerung zu verstehen. Der „Rezeption seines Erbes“ – so der kirchliche Sprachgebrauch – will sich die staatliche Doktrin öffnen.

Die aufsehenerregende Lernbereitschaft der Staats- und Parteiführung ließ sich in diesen Tagen an verschiedenen Sachverhalten erkennen: Die Rede eines Vertreters des Kirchenbundes wurde, auf direkte Veranlassung Honeckers, im „Neuen

Deutschland“ in der von den Kirchenvertretern geschriebenen Fassung veröffentlicht.

Des weiteren ist ein deutliches Wohlwollen des Regierungschefs in Ost-Berlin dafür zu verspüren, die inzwischen sprunghaft gestiegenen westlichen Besuchsanmeldungen in der DDR weitgehend nach den Wünschen der Besucher zu verwirklichen. Bekanntlich versprechen sich die Christen in der DDR im Zuge der Luther-Jubiläen im kommenden Jahr ein reges Interesse am kirchlichen Leben, mithin auch an den Kirchentagen im Lande. Auch hier denkt der Staat nicht an Einschränkungen. Luther – diese Einsicht scheint sich im politischen Machtzentrum der DDR zu beheimaten, ist hienieden nicht ohne Kirche zu haben. Oder wie Helmut Zeddies, Leiter des kirchlichen Lutherkomitees, sagte: „Martin Luther ist ohne die Heilige Schrift nicht zu denken.“

Die Gemeinden der DDR rüsten sich fürs Luther-Jahr mit sehr unterschiedlichen Erwartungen, ja Befürchtungen. Die kleinste der evangelischen Landeskirchen in der DDR, die Kirche Anhalts, reagierte skeptischer auf die angekündigte Reisewelle als die kirchliche Landesherrlichkeit Thüringens. Kirchenpräsident Natho in Dessau will auf jeden Fall darauf achten, daß die Besuche im Luther-Jahr zunächst und vor allem den Gemeinden und den direkten Kontakten mit auswärtigen Christen dienen werden: „Bitte keine spektakulären Massenveranstaltungen. Wir wollen die Gemeinden mit dem Sachanliegen Luthers zusammenbringen, aber keinen breitbeinig aufgestellten Heros feiern. Deshalb sind uns Gruppen von maximal zwei Autos am liebsten; mehr zu essen haben wir ohnedies nicht.“ Hingegen verbreitet Landesbischof Leich in Eisenach die Gewißheit, auch mit größtem Besucherandrang fertig zu werden.

Wählen können die DDR-Besucher im Luther-Jahr zwischen einem über das „Reisebüro der DDR“ gebuchten Besichtigungsprogramm, bei dessen Anmeldung sie die gewünschte Teilnahme an kirchlichen Veranstaltungen (Eröffnung, Kirchentage, Abschlußfeierlichkeiten zum Luther-Jubiläum) angeben müssen, und der Möglichkeit, über private Einladungen in die DDR und zu den Lutherorten zu gelangen.

Luther verändert die DDR auch äußerlich. Kaum ein Gebäude aus des Reformators Leben und Wirken, das nicht denkmalgeschützerischen Generalüberholungen unterzogen würde. Die Aufwendungen von Kirche und Staat sind unermeßlich. Renovierungen, die in den meisten Fällen schon vor Jahren dringlich

gewesen wären, werden nun in kürzester Zeit bewältigt. Am Turm der Schloßkirche zu Wittenberg, dessen Seitenportal mutmaßlich die herausfordernden Thesen Luthers trug, glänzt ein neues Mosaik mit dem alten Schriftzug „Ein feste Burg ist unser Gott“. Mit etwas Glück erhält der Besucher von einer Dame, die die Reste des abgeschlagenen Mosaiks zusammensetzte, einen Stein dieses Bildes als Souvenir.

Nicht immer werden sich für die Besucher der Lutherstätten Mitglieder der Gemeinden am Ort betätigen können. Während in den Kirchen bislang keiner der staatlichen „Stadtbilderklärer“ geduldet wurde, wird der erwartete Besucherandrang dies notwendig machen. In Spezialkursen saugen gegenwärtig kunstbeflissene Menschen einige Fakten aus dem Leben Luthers auf, um sie bald Tag für Tag wieder abzuspuhlen. Im Gegensatz zu den Kirchenbediensteten, die üblicherweise die Fremden führen und ohnehin die heutige Bedeutung Luthers kennen, fehlen den staatlichen Fremdenführern oft die Hintergrundkenntnisse. Gleiches gilt für theologische Fragen und solchen nach dem kirchlichen Leben in der DDR. Sowenig wie die Lebensumstände von

Marx und Lenin die Wirklichkeit des Sozialismus voll einfangen, so wenig kann die Betrachtung eines Lutherhauses den Einfluß des Reformators auf das Christentum in aller Welt einfangen.

Geschichte verläuft niemals punktuell. Da hängt zum Beispiel im Chor der Georgenkirche in Eisenach ein Tafelbild, das die Bedeutung Martin Luthers für die Christen seines Jahrhunderts zumindest kräftig relativiert: Der Augustiner-Eremit Martin steht nicht etwa allein in herausgehobener Pose im Bild, um den Mitgliedern der Fürstenfamilie das Abendmahl zu reichen, sondern er muß sich das Ansehen mit seinem Zeitgenossen Hus teilen.

Noch verschlungener sind die Wege der Reformation in Mildesee, das Bilddokumente des Reformators in einem ehemaligen Zisterzienser-Kloster bewahrt hat; darunter ein Cranachgemälde besonderer Art, das im kommenden Jahr nach Berlin und Erfurt auf die Reise gehen wird. Hier war der Maler auf die Idee gekommen, Luther beim letzten Abendmahl weit von der Seite Jesu abzurücken und den freigeordneten Platz dem Melancthon zuzuweisen. Die evangelische Kirche Anhalts hat, so Oberkirchenrat Siegfried Schulze aus Dessau, „nie die harte rauhe Sprache Luthers geliebt, sondern vielmehr den Brückenschlag Melancthons“. Nach dessen Tod 1560, vollständig dann erst 1603 bis in das 19. Jahrhundert, waren die Christen Anhalts reformiert, bis sie zur Linie Luthers zurückkehrten. So ge-

genwärtig ist die wechselhafte Vergangenheit, daß mancher Kirchenvertreter warnt, „die schlafenden Hunde zu wecken. Die Erinnerung daran, daß wir reformiert waren, wünschen wir gar nicht mehr herbei“.

Überheblichkeit ist unan gebracht

Von Hans Wulf

Im deutsch-deutschen Verhältnis stellen die Christen, die ihre Glaubensbrüder jenseits der Mauer regelmäßig besuchen, einen politischen Faktor von beachtlichem Gewicht dar. An jenem Grenzübergang kann man sich überzeugen. Das Gros der Reisenden ist aus verwandtschaftlichen oder christlichen Gründen unterwegs. Die Geschäftsleute, die Sport- und Kunstinteressierten und die Touristen folgen erst mit Abstand. Ihre Zahl bleibt, aufs Ganze gesehen, gering. Zudem haben sie mit der Bevölkerung der DDR nur einen sehr beschränkten Kontakt. Zur Zeit hat es den Anschein, daß die kirchlich motivierten Reisen die familiär bedingten langsam überholen. Grund: Die Gebührenerhöhung, und nach über 35 Jahren Trennung werden auch die verwandtschaftlichen Bindungen allmählich dünn.

Der Staat der DDR hat diesen Kontakt nicht ernsthaft unterbunden. Es gab zeitweilig gehäuft unangenehme Zollkontrollen, es gibt heute die hohen Umtauschsätze, aber der Besucherstrom fließt, wenn auch reduziert, weiter. Die Sowjetunion verhält sich an ihren Grenzen anders, zum Beispiel im Verhältnis zu Persien. Auch da gab es jahrhundertalte, völkische und religiöse Beziehungen. Trotzdem wurde jeder Kontakt unterbunden.

Für einen DDR-Bürger sieht die Situation so aus: Wenn er keine Verwandten im Westen hat, sich aber doch von den Menschen in der Bundesrepublik einen unmittelbaren Eindruck verschaffen will, dann braucht er sich nur an seine Kirchengemeinde zu halten. Über kurz oder lang wird er auf Gäste aus dem Westen treffen. Voraussetzung ist allerdings, daß ihm nicht aus politischen oder beruflichen Gründen Westkontakte verwehrt sind. Dieser Personenkreis ist außerordentlich groß. Sie, und das ist eine Kehrseite der kirchlichen Westverbindungen, müssen darum mit jedem Besuch in einer Gemeinde sehr vorsichtig sein. So willkommen der Besucherstrom drüben auch ist, er bringt doch auch Probleme mit. In zahlreichen persönlichen Gesprächen haben DDR-Bürger sechs neuralgische Punkte genannt.

1. Von der Patenschaft zur Partnerschaft.

Die Anwendung des Begriffes Patenschaft auf die Beziehungen reicht in die unmittelbare Nachkriegszeit zurück. Nach den Bedrängnissen des Nationalsozialismus, den Nöten der Kriegs- und Hungerzeit und nach dem Schrecken der aufgebrochenen Trennung drückte er die unkündbare Verpflichtung aus, die ein Getaufter für einen anderen hat. Das gemeinsame Schicksal hatte unterschiedliche Folgen. Die Begünstigteren, das heißt die im Westen Lebenden, sollten sich der härter Betroffenen, das heißt derer, die im Osten leben, annehmen. Die Chiffre „Patenschaft“ wurde von beiden als zutreffend empfunden.

uns das sinnlose Warten auf einen Ober, nur um sich „plazieren“ zu lassen, unverständlich. Unsere Freunde finden es auch nicht schön. Dennoch kränkt es sie, wenn wir uns als Gäste öffentlich darüber mokieren. Wir sollen mit ihrer Welt vorliebnehmen, wie sie ist.

Das ist heute anders. „Patenschaft“ – das Wort hat in den Ohren des DDR-Bürgers keinen reinen Klang mehr. Ihm klingt es ein bißchen so, als wenn der reiche Onkel gönnerhaft zu seinem armen Neffen sagt: „Na, mein Junge, wie machst du dich denn hier? Laß man, ich werde dir schon unter die Arme greifen.“ Überlegenheitsgefühle waren aber im deutsch-deutschen Verhältnis niemals angebracht, heute schon gar nicht.

2. Takt bei den Geschenken.

Zum Besucher aus dem Westen gehörten einst die vollen, prallen Taschen. Da kam hervor, was gut und teuer war und was jeder gern hatte. Wieviele Weihnachtsfeste und Konfirmationsfeiern sind durch die Westbesucher ausgerichtet worden. Das sollte nicht vergessen werden. Es war eine Hilfe in echter Armut. Doch auch hier haben sich die Zeiten geändert. In der DDR hungert keiner mehr, und auch von Armut kann man nur in gelegentlichen Ausnahmefällen reden. Heute denkt man nicht mehr an Geschenke, die die Not lindern, sondern die Freude bereiten und persönliche Zuneigung bekunden. Daneben werden immer noch ausgefallene Dinge benötigt, die sich drüben nicht auftreiben lassen, die man aber dennoch braucht: ein bestimmtes Ersatzteil für die alte Nähmaschine oder für den Kühlschrank, eine spezielle Zeichenfeder für den studierenden Sohn.

Ein Problem ist ebenfalls immer noch der Kaffee, den es zwar drüben gibt, der aber sehr teuer ist. Benötigt wird auch Geld – DM-West, versteht sich. Nicht so sehr für den eigenen Einkauf im Intershops, sondern für den Fall, daß man auf andere angewiesen ist, zum Beispiel Handwerker benötigt. Wer mit einem 50-Mark-Schein wedelt, wird bei einer verstopften Toilette schnell Hilfe finden. Der andere kann warten. Das ist besonders wichtig für ältere und kränkliche Menschen.

3. Die persönliche Anerkennung der DDR.

Um die staatsrechtliche geht es hier nicht. Wohl aber erwarten unsere Freunde, daß wir ihren Staat als ihre Wirklichkeit respektieren. Sie selbst sind mit ihrem Staat keineswegs einverstanden. Beim Anblick eines Transitzuges denken noch fast alle im stillen bei sich: „Ach, könnte ich doch da drin sitzen!“ Dennoch hat der Mensch drüben das Gefühl, daß die DDR sein Staat ist. Dafür ist bezeichnend: Wenn ein DDR-Bürger einem anderen einen politischen Witz erzählt, dann wird herzlich gelacht. Wenn derselbe Witz von einem Besucher aus der Bundesrepublik erzählt wird, ist die Reaktion betreten. Auch gute, langjährige Freunde denken „Was gehen den eigentlich die Schwächen unseres Staates an?“

Zur Anerkennung der staatlichen Realität gehört auch der Verzicht auf provokantes Verhalten. Im Restaurant ist für

Schmuggeln wirkt nur peinlich

Auch die Grenzkontrollen machen keine Ausnahme. Westbesucher, die sich damit brüsten, wie sie es „dem Beamten gegeben“ hatten oder was sie heimlich durchgeschmuggelt haben, werden als peinlich empfunden. Das gilt auch für das umgekehrte Verhalten: für den betont freundlichen, gar christlichen Umgang mit dem Kontrollpersonal. Für den DDR-Bürger sind das Organe des Staates, die als solche mit Distanz zu respektieren sind.

4. Realistische Erwartungen.

Mit der Zeit hat sich im Westen eine heroische Vorstellung vom „Christen im Ostblock“ herausgebildet. Das sind Menschen, die um ihres Glaubens willen jeden Widerstand leisten, nicht den geringsten Kompromiß eingehen, ständig in Gefahr leben und freudig auf alle Annehmlichkeiten des Lebens verzichten. Bei ihnen gibt es keine schwache Stelle – wahre Idealchristen. Ob dieses Bild wirklich christlich ist, möchte ich bezweifeln. Realistisch ist es auf keinen Fall. Die Menschen haben sich drüben schon lange arrangiert. Der Schwiegersonn ist ein guter Mensch, man kann mit ihm zufrieden sein. Das Enkelkind darf auch den Kindergottesdienst besuchen. Aber weil er es in seinem Beruf zu etwas bringen will, ist er natürlich in der Partei. Das ist auch der Grund, warum er sich von den Begegnungen im Hause seiner Schwiegereltern sorgfältig fernhält.

5. Die Zuverlässigkeit.

„Solange die Tür an der Grenze nur eine Klinke hat, sind wir darauf angewiesen, daß Ihr kommt.“ Nichts ist den Menschen drüben so wichtig wie die Gewißheit, daß sie mit unserem Kommen fest rechnen können. Die Gebührenerhöhung oder andere Einschränkungen des Reiseverkehrs sind zuerst innenpolitische Maßnahmen. Sie treffen den DDR-Bürger ungleich härter als uns.

Das gilt im Augenblick auch besonders für die christlichen Gemeinden. Die Kirchenpolitik des Staates gibt sich ambivalent. Sie ist betont großzügig auf der höheren Ebene. Die führenden Persönlichkeiten dürfen nicht nur, sondern sie sollen am ökumenischen Leben voll teilhaben. Presse und Funk berichten relativ häufig davon. Konkret heißt das, daß ihnen jede Westreise genehmigt wird. Auf der unteren Ebene verhält sich der Staat genau umgekehrt. Hier ist Kirchenzugehörigkeit Anlaß zu mancherlei Einschränkungen der Bewegungsfreiheit.

2. / 15

Die Basis soll keine eigenen ökumenischen Erfahrungen machen. Sie soll sich mit dem begnügen, was ihr von oben mitgeteilt wird. Diese unterschiedliche Behandlung schafft natürlich mit der Zeit die Gefahr einer Spannung innerhalb der Kirche, sicher eine Erscheinung, die den Partendeologen nicht unlieb ist. Hier bringen die Westbesucher den dringend benötigten Ausgleich. Sie vermitteln den Gemeinden so etwas wie ein Gefühl von christlicher Weite.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß viele Gastgeber von der Sorge gequält werden, ob die Begegnung auch gelingen wird. Man macht sich Gedanken, wie man sich am besten verhält, worüber man reden soll, was man zeigen soll, alles nur, damit der Besucher zufriedengestellt wird und man sicher sein kann, daß er wiederkommt. Wenn Christen hier befreiend wirken wollen, dann müssen sie zu erkennen geben, daß das Gelingen oder Mißlingen einer Begegnung gar nicht so wichtig ist. Wie es auch immer ausgehen mag, wir kommen wieder, und zwar regelmäßig. Das Sprichwort lehrt, daß man seine Freunde in der Not kennenlernt. Im Hinblick auf die Ost-West-Begegnung möchte ich hinzufügen: Wenn keine Stimmung aufkommen will, wenn das Gespräch stockt, wenn einer mit dem anderen nichts Rechtes anzufangen weiß.

Verständnis für das Zögern

● Verständnis für zögerndes, abtastendes Verhalten.

Mit der Notwendigkeit, alles begründen zu müssen, hängt noch etwas anderes zusammen. Meine Freunde drüben tun sich eigenartig schwer, das, was sie meinen und wollen, direkt zu sagen. Mir fällt dies immer wieder auf. Meist gehen sie allerlei verschlungene Umwege, bis sie endlich mit ihrem Wunsch herausrücken. Man fühlt sich als Partner zuweilen ein wenig hinter Licht geführt. Meiner Art widerstrebt das, und ich habe lange Zeit viel darangesetzt, schnell Klarheit in unsere Gespräche zu bringen.

Erst allmählich bemerkte ich, daß meine Partner dabei schmerzlich zusammenzuckten. Direkte Willensbekundung ist für sie ein schwacher Punkt und so bin ich allmählich vorsichtiger geworden. Heute warte ich geduldig ab und lasse dem anderen Zeit, seine Absicht zu entwickeln. Weil er in seiner Welt nicht nur alles begründen muß, sondern auch noch ängstlich auszuprobieren hat, welcher Grund anzuführen ist, um zu seinem Ziel zu gelangen, wurde ihm mit der Zeit das uns fremd anmutende, zögernde Herantasten zur zweiten Natur.

Wir aus dem Westen können uns unbekümmerter äußern. Aber wir sollten darum die Art unserer Freunde nicht billig disqualifizieren. Wenn ein Mensch jahrzehntlang unter einer niedrigen Decke den Kopf einziehen muß, dann ist es unbarmherzig, ihn aufzufordern: „Heben Sie doch endlich Ihren Kopf hoch!“ Heute bin ich der Überzeugung, daß es nichts schadet, wenn ich in der DDR, in den Gesprächen mit meinen Freunden, auch den Kopf einziehe und mich ihrer Art zu reden anpasse.

„Kirche unterwegs“, die „Volkskirche im Übergang“ behandelt und damit den Schlüssel zu einem sachgemäßen Verständnis vermittelt.

Mögen die einzelnen Beiträge im Stil auch etwas differieren, allen gemeinsam ist der hohe Informationsgehalt, dessen Rezeption durch die geschickte Aufgliederung in fortlaufenden Text und ergänzende Angaben, Statistiken, Zitate etc. in den Randspalten wesentlich erleichtert wird. Fortlaufende Lektüre ist ebenso möglich wie die Benützung als Nachschlagewerk, die durch Literaturangaben, Adressen in der DDR sowie je ein Personen- und Sachregister noch erleichtert wird. - Schade, daß es im evangelischen Bereich nicht so etwas wie den Titel eines „Buches des Jahres“ gibt; der vorliegende Band hätte ihn für 1982 verdient.

KS

Buchempfehlungen zum Thema „Ausländer unter uns - Bücher zum sozialen Frieden“ haben die Deutsche Lesegesellschaft und der Arbeitskreis für Jugendliteratur vorgelegt. Sie sind in Buchhandlungen und Bibliotheken sowie bei der Deutschen Lesegesellschaft in Mainz erhältlich.

DDR: Volkskirche im Übergang

Reinhard Henkys (Hrsg.), „Die evangelischen Kirchen in der DDR“, Beiträge zu einer Bestandsaufnahme; Chr. Kaiser Verlag, München, 1982; 484 Seiten, 32.- DM, Staffelpreis.

Lutherjahr 1983 wird die DDR mit einem großen Besucherstrom aus dem Westen rechnen können. Viele werden dabei nicht nur als Touristen die Lutherstätten besuchen, sondern auch versuchen, mit den evangelischen Kirchen und Gemeinden in der DDR Kontakt zu bekommen. Die Christen in der DDR freuen sich über solche Kontakte, die jedoch leider nur allzu oft von einem erstaunlichen Maß an Informationsmangel und Vorurteilen auf Seiten der westlichen Besucher belastet sind. Allein diese Tatsache zeigt schon, wie notwendig ein Buch ist, das umfassend, sachlich und vorurteilsfrei über die Kirchen in der DDR informiert.

Reinhard Henkys, Leiter des Evangelischen Publizistischen Zentrums in Berlin und seit rund zwanzig Jahren intensiv mit der Lage der Kirchen in der DDR befaßt, nennt den von ihm herausgegebenen Band, zu dem er auch die Schlüsselbeiträge selbst geschrieben hat, im Untertitel zurückhaltend „Beiträge zu einer Bestandsaufnahme“. In Wirklichkeit wird

hier eine gründliche und umfassende Gesamtdarstellung evangelischen kirchlichen Lebens in der DDR vorgelegt, wie es sie bisher an keiner Stelle gab und wie sie z. B. auch für die Bundesrepublik nicht existiert. Das war nur möglich, weil in Berlin im Publizistischen Zentrum und um die dort herausgegebene Korrespondenz „Kirche im Sozialismus“ ein besonders fachkundiger Mitarbeiterstab besteht, der die Bedeutung Berlins für die kirchlichen Kontakte zwischen Ost und West deutlich macht.

So war es möglich, der sonst üblichen Verkürzung der Darstellung der Kirchen in der DDR auf das Staat-Kirche-Verhältnis von Anfang an zu entgehen, obwohl ihm natürlich das gewichtige Einleitungskapitel (Henkys) gilt. Die Problematik wird aber dann sofort aufgeklärt in die Fragen des Selbstverständnisses der DDR-Kirchen (Röder), der Theologie in der DDR (Stawiniski) sowie von Theorie und Praxis der SED (Engelien / Dähn / Büscher). Ökumene (Henkys), Diakonie (Reuer), Jugendarbeit (Wensierski), Erziehung (Frickel), Öffentlichkeitsarbeit (Urban) und Friedensverantwortung (Mechtenberg) sind dann die Aspekte unter denen das Leben der DDR-Kirchen dargestellt wird, während das letzte Kapitel (Wensierski / Büscher / Henkys) die

Breite den Gemeinden zur Vertiefung des Glaubenskenntnis und des persönlichen Glaubens nahezubringen. Außerdem werde durch die Kirchentage ein missionarischer Einsatz in großer Öffentlichkeit möglich sein.

Leicht zu lesen!
- 2. 4. 9. 12. 82.

Luthergedenjahr: Zeichen der Verdrossenheit?

Besorgt äußerte sich der Bischof über „Zeichen der Verdrossenheit“ in den DDR-Kirchengemeinden angesichts des bevorstehenden Luthergedenjahres. Ein späterer Rückblick auf das Jahr 1983 dürfe, so Leich, nicht zu dem Ergebnis führen, daß sich „die gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes unter Führung der Marxisten mehr mit Luther beschäftigt haben als wir, die lutherische Kirche“. Als Landesbischof die Möglichkeit, das reformatorische Werk Luthers in großer

„Entscheidung für Armee freiwillig“ 9.12.82.

Berlin. Die Werbung von Reserveoffiziersanwärtern an den Hoch- und Fachschulen soll in der DDR nach dem Freiwilligkeitsprinzip erfolgen und Glaubens- und Gewissensbedenken der betreffenden Studenten berücksichtigen. Das hat das Ost-Berliner Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen schriftlich auf die Eingabe eines evangelischen Synodalen versichert.

Gesprek R.K.Kerk en evangelische kerken in DDR over vredesvraagstukken 30.12.'82.

Paus Johannes Paulus II heeft de Rooms-Katholieke Kerk in de DDR gesuggereerd over actuele vredesvraagstukken met de evangelische kerken in de DDR in gesprek te komen. De paus had daarover in oktober bij een ontvangst van de zes bisschoppen van de Berlijnse bisschoppenconferentie reeds gesproken. Kerkelijke waarnemers in Oost-Berlijn zien deze toezegging als een antwoord op de kritiek die de "actiegroep Halle", waarin sinds 1969 rooms-katholieke priesters en leken samenwerken, had geleverd op de terughoudendheid van de Oostduitse R.K.-Kerk ten aanzien van het vredesgesprek in de evangelische kerken.

(Hervormd Persbureau)

CDU kritisiert

Evangelische Information Friedensdekade

Berlin. Die Führung der DDR-CDU hat sich auf einer Sitzung ihres Hauptvorstandes in Burgscheidungen kritisch mit dem Verlauf der diesjährigen Friedensdekade der evangelischen Kirchen in der DDR auseinandergesetzt und die Parteimitglieder dazu aufgefordert, auf den innerkirchlichen Diskussionsprozeß „noch überzeugender“ Einfluß zu nehmen. Dies geht aus einem in der Ost-Berliner „Neuen Zeit“ in Auszügen veröffentlichten Bericht hervor, den der stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Heyl am Vortage erstattet hatte.

Heyl beklagt darin, daß während der Friedensdekade verschiedentlich auch Empfehlungen im Blick auf „konkrete Friedenstaten“ formuliert worden seien, „die die Gefährlichkeit imperialistischer Hochrüstung ignorieren und durch pazifistische Lösungsmodelle die Kräfte des Friedens nicht stärken, sondern eher schwächen“. Ohne diese Empfehlungen selbst anzusprechen, forderte Heyl die Mitglieder seiner Partei dazu auf, „bei der Erläuterung unserer Friedenspolitik noch überzeugender einsichtig zu machen, daß zum Beispiel die verschiedenen For-

Kirchen in der DDR

23.12.'82. Ein Stück weiter

Im Kommentar der „Mecklenburgischen Kirchenzeitung“ vom 5. Dezember schreibt Gerhard Thomas u.a.:

Zum dritten Mal wurde in unseren evangelischen Kirchen die Friedensdekade gehalten. Vor zwei Jahren entwickelten Mitarbeiter der kirchlichen Jugendarbeit die Idee, zehn Tage lang in Gottesdiensten, Gebetsandachten und anderen Veranstaltungen das Thema Frieden in den Mittelpunkt zu

stellen. Während Jugendliche manchmal erleben, daß ihre Ideen und Wünsche von der Gesamtkirche kaum aufgenommen werden, war es diesmal anders. Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR nahm die Initiative auf, ließ Material erarbeiten und empfahl den Gemeinden die Friedensdekade als ein wichtiges Anliegen.

Daß auch die Kirchen in der BRD die Sache aufgriffen und in Gottesdiensten in beiden deutschen Staaten eine gemeinsame Friedensliturgie gestaltet werden konnte, war besonders erfreulich und zeigte, daß die evangelischen Kirchen diesselts wie jenseits der Nahtstelle zwischen den Machtblöcken in Europa ihre Verantwortung für Entspannung, Abrüstung und Frieden gemeinsam wahrzunehmen bemüht sind. Auch in diesem Jahr wurde parallel zur Friedensdekade in der DDR eine Friedenswoche in den westdeutschen Kirchen gestaltet.

Die Friedensdekade dieses Jahres hat gezeigt, daß die Initiative einzelner, die von Kirchenleitungen und Synoden DDR weithin gefördert und publiziert wurde, auf relativ breiter Basis in den Gemeinden angekommen ist und aufgenommen wurde. Bei uns in Mecklenburg hat die Friedensdekade weithin das Programm der Kirchengemeinden geprägt. In vielen Städten wurden tägliche Friedensgebete gehalten. So versammelten sich beispielsweise im Schweriner Dom an jedem Mittag etwa 70 Menschen zu einem Gebet, in dem an den verschiedenen Tagen Besinnung und Bitte um Vertrauen zwischen Menschen, Gruppen, Völkern und Militärblöcken liturgischen Ausdruck fand. Quer durchs Land, auch in den Dorfkirchen, wurden die Gottesdienste an den Sonntagen und am Bußtag als Friedensgottesdienste gehalten. Dabei fiel auf, daß diese Gottesdienste überwiegend keine Ein-Mann-Veranstaltung des Pastors waren, sondern Gemeindeglieder, Jugendgruppen, aber auch Erwachsene sie mitgestalteten. Aus einigen Gemeinden wurden spezielle Veranstaltungen mit Kindern bekannt. So wurde hier und da auch die Christenlehre in die Friedensdekade einbezogen. Ähnliche Erfahrungen einer breitgestreuten Aufnahme des Anliegens der Dekade liegen auch aus anderen Landeskirchen der DDR vor.

men der notwendigen Landesverteidigung der sozialistischen Staaten wie vormilitärische Ausbildung, Zivilverteidigung und Wehrdienst weder 'Selbstzweck' sind noch ein sogenanntes 'Eigengefälle' besitzen“.

Nach Heyl hat die DDR-CDU die Herbsttagungen der evangelischen Landessynoden, bei denen es um Fragen christlicher Friedensverantwortung ging, mit „großer Aufmerksamkeit“ verfolgt. Nach seiner Ansicht setzt sich in den kirchleitenden Gremien die Einsicht durch, daß die „massiven, aber zugleich raffinierten Vorstöße imperialistischer Kräfte“ den Widerstand der weltweiten Friedensbewegung brechen und „bestimmte Formen der Friedensarbeit von Christen und Kirchen in Gegensatz zur einheitlichen Friedensbewegung und zur Staatspolitik der DDR“ bringen sollen. Diese Manöver würden durch „viele geduldige Gespräche“ und durch parteiliches Auftreten von Mitgliedern seiner Partei im kirchlichen Raum zunehmend besser durchschaut, erklärte Heyl.

Bei der gleichen Veranstaltung erklärte der Parteivorsitzende Gerald Götting, die CDU-Mitglieder in der DDR gingen davon aus, „daß der wissenschaftliche Sozialismus die einzige zutreffende Gesellschaftstheorie ist“. Er setzte hinzu: „Christlicher Glaube ist kein Ersatz für die wissenschaftliche Erkenntnis der Welt.“

15. Dezember 1982

DDR

Friedensdekade 1982 - Friede kann nicht gegeneinander erreicht werden 17

Die Beteiligung an den Veranstaltungen der diesjährigen Friedensdekade vom 7.-17. November 1982 unter dem Thema "Angst - Vertrauen - Frieden" hat deutlich zugenommen. Wie in den zwei vorangegangenen Jahren stand sie unter dem Zeichen "Schwerter zu Pflugscharen". Getragen wurden die Veranstaltungen vor allem von Arbeitsgruppen, "Ein-Mann-Veranstaltungen" traten ganz in den Hintergrund, wurde berichtet. Seit 2 Jahren finden solche Seminare statt, die vor allem für Leute gedacht sind, die Informationen weitervermitteln, wie Pfarrer, kirchliche Mitarbeiter etc. Auch in der BRD wurde die Idee aufgegriffen und es konnte gemeinsam eine Friedensliturgie gestaltet werden.

Im Zusammenhang mit der Friedensdekade fand z.B. ein FdJ-Abend in Rostock statt: "Studenten für den Frieden". "Da wollen wir mal mit den Schwerter-zu Pflugscharen-Leuten richtig diskutieren". So hiess es in der Universität Rostock, denn am 10. November waren die Türen der Mensa dafür offen, berichtet die "Mecklenburger Kirchenzeitung vom 5. Dezember.:

"Hinter einer Tür mit der Themenbestimmung "Bewaffneter Friedenskampf und Pazifismus" und einem zweiten Plakat "Schwerter und Pflugschare - Sozialismus und Rüstung!" beantwortete der stellvertretende Generalsekretär des Friedensrates der DDR, H. Birkendahl, und Theologieprofessor G. Wendelborn, Fragen der Studenten. Deutlich wurde dabei die Frage nach dem Wie des persönlichen Engagements gestellt. Der Theologieprofessor, der zuvor viel über die westliche Friedensbewegung und deren Gegner gesprochen hatte, meinte, dass deren Mittel der Massendemonstrationen in der DDR keine Ursachen hätten, da der Friedenswille gegenüber der Regierung nicht durchgesetzt zu werden brauchte. Es käme darauf an, im Bekanntenkreis zu wirken und beispielsweise Besuchern aus dem westlichen Ausland unseren Friedenswillen darzulegen. ... Zu dem Prophetenwort aus Micha 4 meinte der Theologieprofessor, dass solche Worte oft sehr dunkel wären. Viele Jugendliche würden es missverstehen, denn die Aussage bezöge sich lediglich auf die Endzeit.

Besonders vor einer grossen Malwand kam es zu zahlreichen Diskussionen. Hier konnte jeder seinen Gedanken mittels Plakatfarbe Ausdruck verleihen:

Wir lassen uns die Butter nicht vom Brot nehmen. - Friede ist dann, wenn einem Kind zum Wort "Feind" nichts mehr einfällt. - Mehr Rüstung bedeutet nicht mehr Sicherheit. - Jetzt und mit allen Kräften Frieden schaffen, das ist der einzige Weg zu einer bewohnten Erde ohne Waffen. Wir lassen uns nicht BRDigen. - Du sagst, du liebst Tiere, und du isst sie. - Friedensfrage ist Bekenntnisfrage. Einer schrieb: Mit Spielzeugpanzern Richtung Frieden? Ein anderer dazu: Nein, aber zum Beispiel mit Abrüstungsvorschlägen. Und ein dritter: Warum Nein, aber... Friedens schaffen braucht Konsequenz, sonst unglaubwürdig. -

Hier wurde kein Bekenntnis, sondern die Meinungsvielfalt vorausgesetzt. Die vorbereitenden Studenten waren sich darin einig, dass Frieden nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erreicht werden kann. Offenheit zum Gespräch ist deshalb notwendig, zu manifestieren ist nicht genug. Die FDJ rechnete auch mit den Christen. "

(g2w/3861)

Eigenständige Friedensarbeit der Kirche

Immer wieder wurde auf die Eigenständigkeit der kirchlichen Friedensarbeit hingewiesen. Der Bischof von Greifswald, Horst Gienke, betonte in einem Interview mit Radio DDR, dass man "bei aller Würdigung ihrer Verantwortung" den Frieden nicht einfach den Politikern und Generälen überlassen" dürfe. Vorwürfe, dass die kirchlichen Friedensaktivitäten die westeuropäische Friedensbewegung gespalten hätten, wies der Vorsitzende des ständigen Ausschusses für Friedensfragen der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Pfr. Manfred Domrös, Potsdam, zurück. Diese hätten im Gegenteil die westeuropäische Friedensbewegung wesentlich gestärkt. M. Domrös meinte, nach kirchlicher Sicht sei "die Hauptgefahr die internationale Hochrüstung, zu der auch die Warschauer Allianz ihren Beitrag gibt", nicht nur die drohende Stationierung von Pershing- und cruise-missile-Waffen im Westen.

Proteste an der Basis gegen Militarisierung und Wehrdienstpflicht für Frauen

Die DDR-Führung hingegen betont, die Friedensarbeit sollte sich auf den Kampf gegen die vorgesehene weitere Raketenrüstung der NATO konzentrieren, währenddem Kritik am Kriegsspielzeug etc. dritt- und vierrangige Forderungen seien. Eine Ostberliner Gruppe von Pazifisten hat nun angesichts der wachsenden Militarisierung der DDR-Gesellschaft begonnen, Unterschriften für eine Eingabe an die DDR-Volkskammer zu sammeln, in der ein Verbot für Einfuhr und Vertrieb von Kriegsspielzeug gefordert wird. Gegen die Einführung des neuen Wehrdienstgesetzes vom März 1982, wonach im Ernstfall auch Frauen in die allg. Wehrpflicht einbezogen werden können, haben im Oktober DDR-Frauen in einer Eingabe an Erich Honecker protestiert. Mehrere Hundert Frauen haben das Schreiben unterzeichnet, zwei davon sind vorübergehend festgenommen worden. Sie fordern die gesetzlich verankerte Möglichkeit der Verweigerung, da sich aus dem Gesetz eine Einschränkung der Gewissensfreiheit ergebe.

(g2w/3862)

Oek. Aufruf "Weihnachten für den Frieden" - 4.Advent als Fastentag proklamiert

Auf einen weltweiten ökumenischen Aufruf "Weihnachten für den Frieden" macht sodann die Mecklenburger Kirchenzeitung vom 5.12.82 aufmerksam. Die Initiative zu einem weltweiten Akt der Busse und der Solidarität ging zuerst 1979 von einer ökumenischen Gemeinde in Genf aus. Der Weltkirchenrat, der Lutherische und der Reformierte Weltbund, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und das Hochkommissariat der UNO für Flüchtlinge haben die Initiative aufgenommen und wenden sich mit einem Aufruf an alle Menschen guten Willens:..."sich zusammenschließen, um das Vertrauen zwischen Menschen und Völkern wiederherzustellen, eine gerechtere internationale Ordnung zu schaffen, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, Sofortmassnahmen zu ergreifen, damit Millionen Menschen vor dem Hungertod, vor Unrecht und Gewalt gerettet werden können, ihrer Hoffnung und ihrem Engagement einen sichtbaren Ausdruck zu verleihen durch einen gemeinsamen Akt der Busse und Solidarität...

Wir sind alle eingeladen, am 4.Advent von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zu fasten...Wir appellieren an die Regierungen, es uns nachzutun und einen Teil ihrer militärischen Ausgaben zur Verfügung zu stellen, damit wenigstens die Grundbedürfnisse der Aermsten der Armen gedeckt werden können...

(g2w/3863)